

Rheinsberger Zeitung

Ämliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.

Bezugs-Preis
in unsezer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen und beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten je nach Gegend 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung
verantwortlich
Carl E. Burmann



Druck und Verlag
C. E. Burmanns Buchdruckerei
Rheinsberg

Anzeigen
für diesen Dienstag, Donnerstag und Sonnabend ercheinende Blatt werden mit 0,30 Mark für die 6 spaltenige Zeile oder deren Raum berechnet und bis vormittags 11 Uhr vor jedem Erscheinungstage erlesen.

Nr. 145

Tempredner

Dienstag, den 14. Dezember 1926.

Nummer 37

32. Jahrgang

Berlin, den 13. Dezember 1926.

Chronik des Tages.

Reichskanzler Dr. Marx hat Dr. Stresemann zur Verleihung des Friedenspreises ein Glückwunschtelegramm geschickt und bezeichnet darin die Auszeichnung als Anerkennung des friedlichen Willens der Weltöffentlichkeit dem Frieden der ganzen Erde dienend.
In Genf hatte der deutsche Außenminister mit den Ministern der in der Vorkonferenz beteiligten Mächte eine neue Unterredung.
Das Preussische Staatsministerium hat beschlossen, den Beamten die gleiche Weihnachtsgeldbescheide zu gewähren wie im Reich.
Reichsminister Dr. Stresemann hat den für den 14. Dezember vorgesehenen Hamburger Besuch aus dienstlichen Gründen für kurze Zeit verschoben.
Die Stahlindustrie Österreichs, Ungarns und der Tschechoslowakei in der Internationalen Hochstahlgemeinschaft beideren.
Der russische Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litwinski ist in Frankfurt eingetroffen.

Der Nobelpreis.

Der 10. Dezember 1926 war für die Nobelfestigung in Oslo in Norwegen ein bedeutungsvoller Tag. Einmal übte das Institut an diesem Tage auf eine 25-jährige Wirksamkeit zurück, zum anderen ereigte aber auch die diesjährige Verleihung des Friedenspreises großes Aufsehen. Es ist das erste Mal, daß ein Friedenspreisträger mit dem Friedenspreis beehrt wurde und auch das erste Mal, daß der Preis an führende Außenminister europäischer Großmächte verliehen wurde. Sie das nur eine Zufälligkeit oder ein sichtbares Zeichen für eine wesentliche Veränderung der politischen Lage in Europa?

Eigenartig ist die ganze Nobelfestigung selbst. Das Institut, das neben anderen Auszeichnungen auch einen Friedenspreis verleiht, ist von einem Manne errichtet worden, dessen Leben dem Ausbau der Kriegserfahrungen gewidmet war. Der Chemiker Alfred Nobel, der Vater des Nobelinstituts, hat die fürchterlichsten Waffen des modernen Krieges erkundet: Sprengstoffe, Dynamit und Schießbaumwolle, und mit dieser Tätigkeit ein Vermögen von 35 Millionen Mark erworben. In seinem Testament bestimmte er dann — zur größten Ueberraschung seiner Zeitgenossen —, daß sein hinterlassenes Kapital zu einer Stiftung verwendet und der Einkommen jährlich auf Auszeichnungen für hervorragende Leistungen auf verschiedenen Gebieten menschlicher Tätigkeit benutzt werden soll. So gelang jährlich für bedeutende Leistungen in der Literatur, in der Medizin, in der Chemie, in der Physik und für hervorragende idealistische Schriften oder für eifrige Wirksamkeit zur Verbrüderung der Völker und zur Erhaltung des Friedens ein Preis zur Verteilung. Jeder Preisträger erhält außer dem Preisbetrag von rund 125 000 Mark höchstens in drei Teile gehen darf — ein Diplom, eine goldene Medaille. Der Friedenspreis wird am Tobestage des Meisters, dem 10. Dezember, in einer feierlichen Sitzung des Instituts verliehen, während die übrigen Preise bereits im November zur Verleihung kommen. Der Preisbetrag wird in Gestalt eines Bankchecks ausgezahlt.

Verleihen wird der Friedenspreis von einer aus führenden Persönlichkeiten Norwegens zusammengesetzten Kommission. Ein Vorschlagsrecht zur Empfehlung von Kandidaten für den Friedenspreis haben die Mitglieder der Kommission, Minister und Parlamentarier aller Länder, die Friedensinstitute, die früheren Preisträger und die Universitätsprofessoren für Staats- und Rechtswissenschaften, Geschichte und Philosophie. Für Spitzenleistungen auf den von dem Erfinder der Stiftung bezeichneten Gebieten sind seit der Gründung des Nobelinstituts 121 Preise für Vertreter der deutschen Nation verliehen worden, die damit an erster Stelle stehen. Ein gutes Anerkennungszeichen für deutschen Fleiß und deutsche Leistungsfähigkeit. An zweiter Stelle steht Frankreich und an dritter Stelle England mit 15 Auszeichnungen.

Zum ersten Male wurde der Friedenspreis 1901 verliehen, und zwar an einen Schwizer. 1905 erhielt der deutsch-österreichische Schriftstellerin Berta von Suttner für ihren aufsehenerregenden Roman „Die Waffen nieder“ den Preis, 1906 der amerikanisch-amerikanische Präsident Roosevelt. Bis zum Jahre 1913 ist der Preis regelmäßig zur Verleihung gekommen, dann brach der blutige Weltkrieg aus, in dem für Friedenspreise kein Platz war. Einmal wurde der Friedenspreis allerdings auch in den Kriegsjahren verliehen, nämlich an das Genfer Rote Kreuz 1917. In den Nachkriegsjahren kam der Friedenspreis wieder regelmäßig zur Vergebung. Den Anfang machte Wilhelm II. 1919, 1920 folgte der französische Senator Bourgeois, der damalige Präsident des Völkerbundes, 1921 der frühere tschechische Ministerpräsident Brandt und 1922 Friedrich Nauman. Dann führte der Völkerverbund eine neue Unterredung herbei.

Jetzt hat man nun die Außenminister Deutschlands, Englands und Frankreichs und den amerikanischen Vizepräsidenten, General Dawes, mit der Auszeichnung bedacht. Deutschland hat nicht nur eine goldene Medaille und einen ansehnlichen Geldbetrag — rund 63 000 Mark — für seinen Außenminister erhalten, sondern auch anerkennende Worte, die zum Ausdruck bringen, daß die Anregung zu den eigentlichen Friedenskonferenzen von Deutschland ausgegangen ist. Damit ist Deutschland auf friedlicher Form anerkannt worden. Und trotzdem sitzen die Männer, denen bereits für die Befriedigung Europas hervorstechend gedankt wird, noch immer in Genf beisammen, ohne über die Nachwehen der Vergangenheit hinwegkommen zu können. In der Festigung in Oslo wurde sehr richtig bemerkt, daß die Vorkonferenz eine völlig neue Lage in Europa geschaffen haben. Ehe aber Deutschlands Gleichberechtigung nicht restlos anerkannt ist, ehe nicht alles das befeitigt ist, was mit der Selbstachtung eines großen Volkes unvereinbar ist, — „friedliche Lösung“ und die Möglichkeit ständiger oder unregelmäßiger Kontrollen, — solange ist der Friede noch nicht da, sondern bestenfalls erst auf dem Marsche.

Die Beglückwünschungen in Genf.

Die Auszeichnung der drei in Genf weilenden Außenminister mit dem Friedenspreis hat ihnen zahlreiche Telegramme und Glückwünsche der übrigen Mitglieder eingebracht. Bei einem Pressemannsbesuch in der Pressekonferenz, die Verleihung des Friedenspreises als eine Anerkennung für den internationalen Charakter des Friedenswertes anzusehen. Der Hauptdarsteller jedoch Stresemann und Briand. Dr. Stresemann betrachtet die Entscheidung als ein Symbol dafür, daß die in Angriff genommene Politik auf die Sicherung eines dauernden Friedens und auf das Wohlgehen der Völker abzielt. Ausdrücklich bekennt Dr. Stresemann die stolze Wonne über die Anerkennung der Völker für die friedliche Politik, die er und Briand in den letzten Jahren der Vorkonferenz verfolgen, fest auf den Erfolg der Friedenspolitik zu vertrauen. — Wichtig ist aber, daß jetzt endlich das Friedenswert fest bekräftigt wird. Und das kann nur dadurch geschehen, daß alle noch ausstehenden Fragen in einem Sinne gelöst werden, der Deutschlands Lebensnennbedürfnisse und seiner Selbstachtung Rechnung trägt.

Die Preisträger haben sich inzwischen telegraphisch in Oslo bedankt. Der Sekretär des Nobelinstituts hat telegraphisch angefragt, ob die Preisträger bereit seien, im Januar, entsprechend den Satzungen der Nobelfestigung, bei der feierlichen Uebertragung der Preise Vorträge zu halten.

Die Verhandlungen in Genf.

Der größte Teil der Tagesordnung erledigt.

Der Völkerverbund hatte bereits in seiner Freitagssitzung die meisten Punkte seiner Dezemberberatung erledigt.

Einzelne Gegenstände werden erneut auf die nächste Sitzung vertagt. So z. B. die Verhandlung über die Aufgabe und Befugnisse der Mandatskommission, die sich mit Verwaltungs-Einzelheiten der vom Völkerverbund übernommenen Kolonialmandate befaßt. Der vom Völkerverbund seit zwei Jahren behandelte Antrag auf Einrichtung einer internationalen Union zur

Sittlichkeit bei Naturkatastrophen

ist so weit gefördert, daß der Rat die Einberufung einer internationalen Konferenz zum 4. Juli 1927 nach Genf beschließen konnte. In dieser Tagesordnung sollen alle Völkerverbände und 12 andere Länder, darunter die Vereinigten Staaten und England einbezogen werden. Gleichwohl sollen die internationalen Noterwerbsverbände Vertreter entsenden. Die weiteren Verhandlungen betreffen die Hilfsmittelversorgung in Ungarn und Griechenland und die Bekämpfung der Pest in Indien. Die wichtigsten Probleme der gegenwärtigen Tages, die Inflationsschwärze und die Frage der

Zurückziehung der französischen Sanierungen müssen jedoch zurückgestellt werden. Die Sanierungen sind in letzter Stunde auf neue Schwierigkeiten gestoßen, so daß damit zu rechnen ist, daß diese Frage wiederum vertagt werden wird. In der Angelegenheit des Inflationsschwärzes sollen die Vertreter der Rheinbundmächte nach einem Abwägen den Entwurf der Sachverhalte gebilligt haben.

Kabinettsrat in Berlin.

Die Außenminister halten Rücksprache. Die größte Schwierigkeit macht noch die Frage der Aufhebung der Interzellularisierten Militärkontrollen. Nach einer Sabotage-Meldung soll die Vorkonferenz bezüglich der Gründung der militärischen Klausur des Versailles Vertrags Deutschland nicht zu einer Klärung erteilen können, nicht einmal unter dem Vorbehalt der späteren Behebung der letzten festgestellten Schwierigkeiten, und den Delegierten in Genf diese „Laufschienen“ zur Kenntnis gebracht haben. Deutschland wird die Rückgabe dieser Vorlesungen

bestritten. Die Vorkonferenz soll sich vielmehr jeder Stellungnahme enthalten und die Entscheidung den in Genf weilenden Außenministern überlassen haben. Am Sonnabend fanden dann

neue Besprechungen in Genf statt, an denen Dr. Stresemann und die Vertreter der an der Vorkonferenz beteiligten Mächte teilnahmen. Eine Mitteilung über diese Unterredungen ist nicht veröffentlicht worden. Wie aber aus Genf gemeldet wird, dürften die Minister eine Uebereinstimmung erzielt und die Kabinette in den Hauptstädten um eine sofortige Stellungnahme erucht haben.

Das Reichskabinett beschäftigte sich eingehend mit den in Genf gefassten Beschlüssen und Vorschlägen. Wie gemeldet wird, sollen die Meinungsverschiedenheiten in der Frage des Kriegsmaterials auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen aus der Welt geschafft werden, während man den Streit um den Ausbau der deutschen Offiziere einem internationalen Schiedsgericht unterbreiten will.

Im übrigen sind jetzt die verschiedensten Gerüchte über den Stand der Genfer Verhandlungen im Umlauf. So soll Poincaré in einem Telegramm bereits gemachte Zusagen zurückgezogen und neue Bedenken gegen die vorgeschlagene Milderung des Inflationsschwärzes geltend gemacht haben.

Politische Rundschau.

Berlin, den 13. Dezember 1926.
Der sozialpolitische und volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags nahm einstimmig einen Antrag an, der die Behörden anfordert, bei der Erstellung von Mitteln aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm keine kurzen Arbeiterreisen zu stellen.
Im Dortmund Schulkreis beträgt die Zahl der streikenden Kinder in Dortmund-Stadt 833 Prozent, in Dortmund-Land 486 Prozent.

Auch Anhalt einigt sich mit seinem Herzoghaus. Vorbehaltlich der Genehmigung durch das anhaltische Staatsministerium ist zwischen dem Herzoglichen Hause und dem anhaltischen Staat folgender Vertrag abgeschlossen worden: Das Herzogliche Haus überträgt dem anhaltischen Staat 11 000 Morgen Wald und die Schiffer in Dessau, Wörlitz, Cranienbaum, Quiljum bei Dessau, sowie wertvolle Bilder und Bibliotheken. Dafür übernimmt der anhaltische Staat die Pensionen und die Hinterbliebenenversorgung des anhaltischen Herzogshauses in Höhe von etwa 700 000 Mark jährlich.

Deutschland dem Haager Schiedsgericht beigetreten. Im Völkerverbundssekretariat hat Reichsaußenminister Dr. Stresemann Ende der letzten Woche die Sitzungen des Internationalen Gerichtshofs unterzeichnet. Damit ist Deutschland dem Internationalen Gerichtshof als gleichberechtigtes Mitglied beigetreten.

Rundschau im Auslande.

Die durch die Neuwahlen heraufbeschworene baltische Regierungskrise ist gelöst worden. Das hat sich unter der Führung der Konventionen gebildet.

Im weiteren Verlauf der öffentlichen Wahlen in Ungarn werden zum größten Teil Anhänger der Regierungspartei gewählt.

Wie aus Belgrad gemeldet wird, hat der italienische Gesandte in Belgrad, General Rodero im Auftrag des Ministerrats den formellen Antrag gestellt, Jugoslawen möge sich den italienisch-österreichischen Abmachungen anschließen, wodurch Jugoslawen ein Dreieck geschaffen würde.

Amerika scheint nicht abgeneigt zu sein, der vom Völkerverbund organisierten Einladung zur Weltwirtschaftskonferenz Folge zu leisten, verlangt aber, daß auf dieser Konferenz nicht über die Frage der Kriegsschulden oder über den amerikanischen Zolltarif verhandelt wird.

Nobelpreis in Stockholm.

Unter einer Beteiligung von 2000 Ausländern fand in Stockholm eine würdige Nobelfeier statt. Unter den Anwesenden befanden sich der König von Schweden, mehrere Prinzen sowie die Mitglieder der Regierung. Aus den Händen des Königs empfingen die deutschen Professoren Franz Schlegel, Hilgrom und der Schwede Svobberg ihre Preis- und Diplome. An Stelle von Bernhard Shaw, der nicht erschienen war, nahm der englische Gesandte in Stockholm den Literaturpreis für 1927 entgegen. Ein Gefallen zu Ehren der Preisträger beendete die Feier. Für die mit dem Friedenspreis ausgezeichneten findet in Januar eine besondere Feier statt.

Gewerbebeschränkungen in Italien.

Der Minister in Rom nahm ein Gesetz an, das Kaufleute und Gewerbetreibenden zur Einholung einer von den Gemeinden zu erteilenden Gewerbebescheinigung verpflichtet. Diese Bescheinigung wird nur unter bestimmten Bedingungen erteilt. Jeder Kaufmann muß eine Kaution von 500 bis 1000 Lire stellen. Die Erlaubnis hängt vom Urteil einer Kommission ab, die die Erlaubnis erteilen kann, wenn der Kaufmann keine gemeine moralische und wirtschaftliche Unreinlichkeit betreibt.